



## Auf ein Wort

# Bildung darf nichts kosten!

Diese Aussage auf einem Wahlplakat zur Bundestagswahl, die mir beim Vorbeifahren ins Auge sprang, hat mich doch nachhaltig zum Überlegen angeregt. Was war gemeint? Sagt eine Partei ehrlich, dass die Kosten für Schulen oder Universitäten, für Kindergärten oder soziale Einrichtungen zu teuer sind? Oder haben wir es hier mit einer Art Satire zu tun? Eine Wahlplakatfälschung?

Erst im zweiten Anlauf habe ich begriffen, was gemeint war. Bildung für alle umsonst. Ich war beruhigt, zunächst, und wurde an einem weiteren Plakat bestätigt, da ich den Zusatz las: Außer Anstrengung! Trotzdem ließ mich die erste Aussage nicht in Ruhe. Bildung ist Ländersache, aber die Bundesregierung sieht sich in der Verantwortung, deshalb werben Parteien zur Bundestagswahl auch mit dem Thema Bildung. Oder wollen Parteien im Bundestag den Ländern „Beine machen“ in Sachen Bildung? Aber da ist ja der Bundesrat, der sich wehren wird, denn Bildung ist Ländersache. Und somit haben wir mindestens sechzehn Curriculare Bestimmungen zum Lernen in den Schulen und darüber hinaus manchmal auch noch regionale Besonderheiten, so z. B. das Plattdeutsche oder auch Saterfriesische im Deutschunterricht der niedersächsischen Schulen. Damit kann in Bayern sicherlich niemand etwas anfangen. Aber darüber hinaus ist auch die Auseinandersetzung mit spezifischen Gedichten oder mathematischen Gleichungen je nach Bundesland unterschiedlich geregelt. Ich bin mit mir uneins, ob sich die Schulbuchverlage darüber freuen oder ärgern, weil sie so viele unterschiedliche Schulbücher mit annähernd gleichem Inhalt drucken müssen.

Aber nun hat die Bundesregierung 2009 die UN-Behindertenkonvention ratifiziert und damit den Ländern eine Aufgabe zugewiesen, die auch 2017 noch nicht gelöst ist. Warum? Nun niemand scheint seinerzeit im Bundestag begriffen zu haben, dass er/sie einer umfassenden Schulreform in Deutschland zugestimmt

hat, allerdings waren wohl auch nur wenige Abgeordnete anwesend. Und vielleicht haben nunmehr einige Bundesparteien begriffen, dass das ohne Hilfe des Bundes nicht umzusetzen ist. Bildung geht nicht billig, wie ein anderes Wahlplakat verkündet. Aber ist Ländersache.

Nun ich erinnere mich der Stimmen einiger Kultusbürokraten, die mir als Sprachbehindertenpädagogen seinerzeit zuriefen: „Jetzt machen wir euch platt!“. Warum solche Äußerungen getroffen wurden, kann ich auch heute noch nicht nachvollziehen, schließlich haben Sprachbehindertenpädagogen immer gute Arbeit geleistet. Die sonderpädagogische Wissenschaft erstarrte ebenfalls, kein Artikel mehr, der nicht zunächst die Überzeugung zur Inklusion beinhaltete, und dann die skandierenden Überzeugungstäter in der Lehrerschaft mit ihrem Ruf: „Der Weg ist das Ziel!“ Besser gefielen mir diejenigen, die riefen: „Eine Schule für alle!“ Die hatten begriffen, dass eine Schulreform umgesetzt werden wollte. Aber das hatte die Politik anscheinend nicht begriffen. Denn wenn Inklusion Erfolg haben will, müssten alle Kinder und Jugendliche ausgestattet mit allen notwendigen Ressourcen in der Regelschule sitzen und dort wirklich so gefördert werden, dass sie Bildungsziele erreichen, um nach der Schule ein möglichst weitestgehend selbstbestimmtes Leben führen zu können. Aber wo ist der Anschluss in Berufsschule und im wirklichen Leben? Wo sind Arbeitsstätten und entsprechend bezahlbare Wohnungen? Es ist nicht zielführend, wenn Kinder und Jugendliche mit Unterstützungsbedarf am Unterricht eines Gymnasiums teilnehmen, ohne dass ein entsprechender Abschluss realistisch ist. Wenn wir ein Schulsystem für alle Schüler und Schülerinnen wünschen, unabhängig von ihrem Unterstützungsbedarf, dann kann es tatsächlich nur eine Schule für alle geben. Aber das bedeutet dann auch die Auflösung unseres mehrgliedrigen Schulsystems mit seinem absoluten Leis-

tungsgedanken, und das ist eine nachhaltige Schulreform. Und genau deshalb sind wir nicht weiter. Derzeit tragen wir den Inklusionsgedanken auf dem Rücken von Schülerinnen und Schülern und von Regelschullehrern und Sonderpädagogen aus, die überlastet und überfordert versuchen, kultusbürokratische, aber ungenaue Vorgaben, umzusetzen. So hat es das niedersächsische Kultusministerium nach knapp fünf Jahren geschafft, eine Dienstvereinbarung zustande zu bringen, die in wenigen Worten ausgedrückt regelt, dass die Sonderpädagogen für Beratung, Diagnostik und Förderung in den Regelschulen zuständig sind und möglichst an einem Tag nur in einer Schule tätig sind, aber insgesamt nicht mehr als in zwei Schulen. Nach 5 Jahren!!! Ein anderthalbseitiges Papier!!!

Ach, ich habe die Kommunen vergessen, die als Schulträger für die Instandhaltung von Schulgebäuden verantwortlich sind, meist kein Geld haben und deshalb oft wenig für ihre Schulgebäude tun können. Bildung darf nichts kosten! Deshalb darf es auch reinregnen. Aber die Bundesregierung hat ja in der Vergangenheit einige Programme zur Sanierung aufgelegt, z. B. energetische Sanierung, um somit der Bildung indirekt helfen zu können, weil sie eigentlich nicht dafür zuständig sind.

Und dann, das darf auch nicht vergessen werden, fehlen Lehrkräfte für Grundschulen und auch Sonderpädagogen, beide Berufsgruppen bestens ausgebildet für ihre Aufgabe. Hier wurde wohl versäumt, entsprechende Werbung und auch entsprechende Studienplätze zu schaffen. Und wenn erst jetzt dieses Problem angegangen wird, werden wir eben auch erst in sieben bis acht Jahren die entsprechenden Lehrkräfte zur Verfügung haben. Bildung kostet und ist langfristig angelegt.

Liebe Leser, sie sehen, was ein Wahlplakat auslösen kann. Sprache ist unser Gegenstand, unsere Arbeit. Und auch mir als versiertem Leser passieren Fehl-